

Konkurrenten und erbitterte Gegner

Willy Brandt, Helmut Schmidt und die Rückkehr der SPD in die Opposition / Von Professor Dr. Gregor Schöllgen

Willy Brandt gehört zu den erfolgreichsten und vielseitigsten Staatsmännern der Bundesrepublik Deutschland. Regierender Bürgermeister von Berlin ist er gewesen, Außenminister und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Vorsitzender der SPD, und das länger als ein Vierteljahrhundert, außerdem Träger des Friedensnobelpreises und anderer Auszeichnungen mehr. Was auf den ersten Blick wie eine glänzende Karriere aussieht, entpuppt sich bei genauer Betrachtung allerdings auch als eine erstaunliche Serie politischer Rückschläge.

Man muß dabei nicht nur an die spektakulären Niederlagen denken – die Rücktritte vom Amt des Bundeskanzlers 1974 und der Stellung des Parteivorsitzenden 1987 aus vergleichsweise nichtigen Anlässen. Auch mit seinem Kampf gegen den Hunger, den er über mehr als ein Jahrzehnt als Vorsitzender der „Nord-Süd-Kommission“ führte, und besonders mit seiner Kampagne gegen das Wettrüsten ist Willy Brandt gescheitert. Denn mit der Entscheidung des Bundestages vom 22. November 1983 stand fest, daß der „Nato-Doppelbeschluss“ auch in der Bundesrepublik verwirklicht, daß es also zur Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen kommen würde. Von Anfang an hatte der SPD-Vorsitzende diesem Vorhaben der Allianz skeptisch gegenübergestanden, sich schließlich dagegen ausgesprochen und dabei sogar die Rückkehr seiner Partei in die Opposition und damit eine schwere politische Niederlage in Kauf genommen. Immerhin war der sozialdemokratische deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt einer der Väter des „Nato-Doppelbeschlusses“ vom 12. Dezember 1979.

Die Nato reagierte mit diesem Beschluß auf eine aus ihrer Sicht gefährliche Entwicklung: In den frühen siebziger Jahren hatte die Stationierung damit begonnen, einen neuen Mittelstreckenrakete zu stationieren. Es handelte sich um die „SS 20“, die das gesamte westliche Europa erreichen konnte. Ende der siebziger Jahre wurden Monat für Monat bis zu acht bewegliche Abschussrampen in Stellung gebracht. 1987 waren es schon mehr als vierhundert, von denen Raketen mit je drei Atomsprenköpfen in ihre Ziele gelenkt werden konnten. Hinzu kam die Stationierung von Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite in der DDR und der Tschechoslowakei.

Offensive Aktionen Moskaus

Was immer die sowjetische Führung zu diesen Maßnahmen bewegen haben mag, im Westen, auch in der Bundesrepublik, reagierten die Fachleute alarmiert, zumal die Raketenstationierung mit offensiven Aktionen Moskaus in der Dritten Welt, etwa dem Einmarsch in Afghanistan, einherging. Außerdem hatte die Nato den neuen sowjetischen Systemen nichts Vergleichbares entgegenzusetzen. Das gab dem Kreml ein „Erpressungsinstrument“ in die Hand. So sah es jedenfalls Helmut Schmidt, der zu einem der vehementesten Protagonisten des „Nato-Doppelbeschlusses“ wurde. Entweder, so die Botschaft an die Sowjetunion, Moskau läßt sich auf Verhandlungen über diese Waffen mit dem Ziel eines Gleichgewichts zwischen Ost und West ein, und das konnte zu diesem Zeitpunkt nur auf den einseitigen Abbau der „SS 20“ hinauslaufen, oder der Westen rüstet nach.

Keine zweite außen- und sicherheitspolitische Entscheidung nach 1945 hat in der Bundesrepublik einen solchen Sturm der Entrüstung entfacht wie dieser „Nato-Doppelbeschluss“. Mit Verbitterung mußte Schmidt feststellen, daß die „ökologisch-anarchisch-pazifistische“ Grundhaltung, wie er sie im Rückblick genannt hat, auch in der eigenen Partei an Boden gewann. Unter den 250 000 Teilnehmern an der Großdemonstration am 10. Oktober 1981 in Bonn befanden sich immerhin auch zahlreiche prominente Persönlichkeiten aus den Reihen der SPD, so der ehemalige Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenar-

beit in der Regierung Brandt, Erhard Eppeler. Schmidt sagte am 14. Januar 1982 vor dem Parlament, auch an die eigene Partei gerichtet, man solle nicht so tun, „als ob vorhandene sowjetische SS-20-Raketen, die auf Ziele auch in Deutschland gerichtet sind, weniger gefährlich seien als amerikanische Raketen, die es hier noch gar nicht gibt“.

Der prominenteste Adressat dieser Botschaft war der Parteivorsitzende Brandt. Später, als die Verhandlungen zwischen Washington und Moskau auf der Stelle traten und schließlich scheiterten, widersetzte der sich vehement der Stationierung moderner amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik. Die Parteiräson zwang ihn vorerst, sich in dieser Frage öffentlich zurückzuhalten und Schmidt nicht in den Rücken zu fallen. Hinter den Kulissen hingegen, im Vorstand und im Präsidium der Partei sowie in der Fraktion, gab es erregte Auseinandersetzungen.

Seit dem Sommer 1981 nämlich war das Verhältnis zwischen Willy Brandt und Helmut Schmidt schwer beschädigt, wenn nicht irreparabel zerstört. Ende Juni war der Parteivorsitzende zum zweitenmal seit seinem Rücktritt vom Amt des Bundeskanzlers in die Sowjetunion gereist. Wie immer wurde er als Entspannungspolitiker und Vermittler hofiert. Ausgerechnet ihm unterbreiteten Leonid Breschnew und Andrej Gromyko weitgehende Abrüstungsvorschläge, unter bestimmten Voraussetzungen sogar einen Stationierungsstopp, ja eine Verschrottung der auf Westeuropa gerichteten „SS 20“.

Diese Chance, glaubte Willy Brandt, müsse man nutzen, und so teilte er sogleich aller Welt mit, was nach seinem Empfinden zum Greifen nahe war: die Sicherung des Weltfriedens. Jedenfalls gab er diese Einschätzung noch in Moskau dem „Spiegel“ zu Protokoll. Daß er damit dem Bundeskanzler in den Rücken fiel, ähnlich wie das acht Jahre zuvor Herbert Wehner am gleichen Ort mit ihm getan hatte, dürfte ihm bewußt gewesen sein. Für Schmidt war es schlimm genug, daß der Parteivorsitzende als Emissär der Bundesregierung aufzutreten schien; nachgerade unerträglich aber war, daß der Auftritt seine Bemühungen unterließ, amerikanische Ängste vor deutschen Neutralitätsgedanken zu zerstreuen.

Jahre später verwandte Willy Brandt viel argumentative Anstrengung auf die Erläuterung seiner damaligen Position. Immerhin hat die Geschichte ihm unrecht gegeben. Sicher war Ende 1983 nicht absehbar, daß dieses Thema binnen vier Jahren erledigt sein würde, weil sich Sowjets und Amerikaner auf die vollständige Vernichtung aller landgestützten Mittelstreckenraketen in Europa verständigten. Aber daß der INF-Vertrag vom Dezember 1987, der diese Verschrottungsaktion regelte, nicht zuletzt das Resultat des „Doppelbeschlusses“ gewesen ist, steht seit langemaßer Frage. So erschien Brandt 1989 seine damalige Haltung in einem anderen Licht. In seinen „Erinnerungen“ ist es ihm ein „Rätsel“, woher der Ruf gekommen sei, er „sei der Gegenspieler Helmut Schmidts in der Raketenfrage gewesen“.

Dann folgt die Feststellung: „Keine vierzehn Tage wäre ein Sozialdemokrat Regierungschef geblieben, hätte ich als Parteivorsitzender ihn für untragbar gehalten.“ Diese Auffassung hatte er stets vertreten, auch gegenüber Helmut Schmidt. Im Rahmen eines Briefwechsels zwischen den beiden, der sich unmittelbar an das Ende der Kanzlerschaft Schmidts anschloß, stellte Brandt unmißverständlich fest: „In Wirklichkeit mußft du selbst wissen, daß du ohne mich kaum länger, sondern wohl eher kürzer und vielleicht mit weniger Erfolg im Amt gewesen wärst.“ Und Schmidt antwortete ihm, nicht minder eindeutig, „daß du tatsächlich (wie übrigens an manchen Punkten auch ich!) bis an die Grenzen der Selbstachtung dich überwinden mußtest, während du im Innern erkennbar andere Meinungen hegtest. Wir sind eben tatsächlich“, so die Bilanz im November 1982, „seit einem Jahrzehnt verschiedener Meinung über Aufgabe und nötige Gestalt der deutschen Sozialdemokratie.“

Kein Wunder, daß es Helmut Schmidt in der Endphase seiner Kanzlerschaft als seinen größten Fehler bezeichnet hat, mit dem Kanzleramt nicht auch den Parteivorsitz übernommen zu haben. Tatsächlich dachte Brandt selbst Ende Februar 1981 an Rücktritt, drohte auch intern damit und feilte, in immer neuen Anläufen, an einer entsprechenden Erklärung. Dafür hatte er Gründe: Wirtschaftliche Rezession und Massenarbeitslosigkeit, die Raketenfrage und die an Härte zunehmende Ausein-

Überpinseln (vorübergehend) aus der Welt zu schaffen meinten; sie könnten sonst bei späterer Gelegenheit um so stärker erneut aufbrechen.“

Ein gutes Jahrzehnt später war es soweit. Je weniger zugeeckt oder überpinselt werden konnte, um so unaufhaltsamer schwand der Rückhalt, den Helmut Schmidt brauchte, um die Koalition mit der FDP über die Runden zu bringen. Und Willy Brandt? Der rührte nicht nur keinen Finger, um dieser Entwicklung Einhalt zu ge-

Regierungsbündnisses erheben will. Am 1. Oktober 1982 war es dann soweit. Nach dem erwarteten Kurswechsel der FDP wurde der Christdemokrat Helmut Kohl mit der notwendigen Mehrheit von den Abgeordneten des Parlaments zum Bundeskanzler gewählt. Der Regierungswechsel wurde durch ein konstruktives Mißtrauensvotum herbeigeführt. Daß die Opposition gegen Helmut Schmidt erfolgreich war und nicht, wie zehn Jahre zuvor gegen Willy Brandt, scheiterte, gab dem Vorgang eine pikante



Schmidt, Brandt, Köln 1983

Foto Barbara Klemm

dersetzung mit der FDP, aber auch die Unsicherheit über die künftige Führung der Fraktion forderten den Parteivorsitzenden.

Daß Willy Brandt im Amt blieb, ist eigentlich keine Überraschung. Die Rücktrittsdrohung ist in heiklen Situationen nichts Ungewöhnliches; selbst als Ehrenvorsitzender machte Brandt noch gelegentlich von ihr Gebrauch. Vorerst konnte er sich nur schwer vorstellen, ohne die tatsächliche oder vermeintliche Zuwendung der Genossen auszukommen, und zurücktreten kann man nur einmal. Vor allem aber stellte sich die Frage, wer das Amt in dieser kritischen Situation hätte übernehmen sollen. Helmut Schmidt war schwer angeschlagen, politisch, aber auch gesundheitlich. Außerdem war der Hamburger eher ein Mann, der polarisiert; die integrierende Kraft, welche die Partei damals brauchte, traute ihm kaum einer zu. Andere, wie Johannes Rau, hatten bundespolitisch noch nicht das nötige Gewicht. Schließlich riß sich niemand um den Posten, umgab den amtierenden Parteivorsitzenden doch längst eine Aura, an der sich jeder Nachfolger messen lassen mußte.

So bleibt Helmut Schmidt mit Ausnahme des glücklosen Erhard der einzige Bundeskanzler, der nicht auch den Vorsitz seiner eigenen Partei innegehabt hat. Es sei dahingestellt, ob es diese Möglichkeit überhaupt je gegeben hat und ob Schmidt in diesem Fall die Partei hätte zusammenhalten können. Denn ohne Zweifel kommt Willy Brandt das Verdienst zu, die deutsche Sozialdemokratie mehr als einmal vor dem Auseinanderbrechen bewahrt zu haben. Kein zweiter aus ihren Reihen verfügte über seine Integrationskraft. Der Vorsitzende gehörte eben zu „denjenigen, denen die Fähigkeit zum menschlichen Ausgleich gegeben ist“. Das hatte ihm im Dezember 1970 kein Geringerer als Helmut Schmidt attestiert und hinzugefügt: „Laß uns aufpassen, daß wir unsere politische Meinungsverschiedenheiten nicht durch Zudecken oder

bieten, vielmehr sah er gelassen und wohl auch mit einer Spur innerer Genugtuung dem Sturz des alten Rivalen entgegen.

Die Ironie der Geschichte will es, daß die Vertrauensfrage für die beiden sozialdemokratischen Kanzler zur Schicksalsfrage wurde: Beide sahen sich im Parlament mit einem konstruktiven Mißtrauensvotum konfrontiert und stellten selbst die Vertrauensfrage, jeweils innerhalb nicht einmal eines Jahres, allerdings in umgekehrter Reihenfolge. Vordergründig ging es am 5. Februar 1982 um die Beschäftigungspolitik der Bundesregierung, als der Bundestag in namentlicher Abstimmung Kanzler Schmidt das Vertrauen aussprach. Wie sein Vorgänger im September 1972, stellte nun auch Schmidt gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes die Vertrauensfrage; allerdings hatte Brandt zehn Jahre zuvor gerade das Nichtzustandekommen des Vertrauens erreichen und damit den Weg für Neuwahlen freimachen wollen.

Schmidt hingegen wollte seine Politik bestätigt wissen, und zwar durch die eigene Fraktion. Die Abstimmung sollte die Sozialdemokraten im Parlament einschließlich des Parteivorsitzenden auf seine Linie verpflichten – auch in der Raketenfrage. Denn hier tat sich zusehends die Kluft zwischen dem Kanzler und einer immer kleiner werdenden Gruppe in Partei und Fraktion einerseits und dem Parteivorsitzenden nebst der Mehrzahl der Genossen andererseits auf. Ähnlich wie nach der Bonner Großdemonstration Mitte Oktober des Vorjahres war es wegen dieses Themas am 25. Januar im Parteivorstand zu einem offenen Schlagabtausch zwischen Brandt und Schmidt gekommen.

Der Bundeskanzler wußte, daß man ein Kraftakt wie den des 5. Februar nur einmal erfolgreich inszenieren, daß man die eigene Fraktion nicht ein zweites Mal durch eine Vertrauensfrage im Parlament hinter sich zwingen kann; und er wußte auch, daß der kleinere Koalitionspartner das Raketen Thema zur Gretchenfrage des

Note, wohl auch in den Augen des Parteivorsitzenden.

Vor allem aber war der nun frei, seine Meinung zum Wettrüsten auch öffentlich kundzutun, so vor dem Bundestag, wo er am 6. Mai 1983 erklärte, „Ziel deutscher Politik“ müsse es sein, „notfalls gegen den Strom“ zu schwimmen. Da schwang nicht nur Protest mit – gegen die Raketen, gegen die Amerikaner und gegen Helmut Schmidt; hier war ganz offenkundig auch eine Spur Sentimentalität des beinahe Siebzigjährigen im Spiel. Immerhin hatte er erst jüngst die Arbeit am vorläufig letzten Band seiner Memoiren abgeschlossen und bei der Reflexion über die „linke“ und „freie“ Zeit seines Lebens auch über die „Herausforderung eigener Art“ nachgedacht, „gegen den Strom schwimmen zu müssen“. Auch deshalb verfolgte er die Proteste der zumeist Jüngeren nicht ohne Sympathie.

Von denen wiederum wußten zumindest einige mit dem Alten aus Unkel nicht viel anzufangen. Das zeigte die Großdemonstration Ende Oktober 1983, auf der Willy Brandt bei aller Kritik an den Raketen bei seinem Bekenntnis zu Bundeswehr und Nato blieb. Eier und Farbbeutel eines Teils der friedensbewegten Linken waren die Quittung.

Mit seiner vergleichsweise differenzierten Argumentation auf der Kundgebung hatte der SPD-Vorsitzende vor allem seine eigene Partei im Auge. Immerhin standen die Entscheidungen über die Raketenstationierung unmittelbar bevor. Willy Brandt wollte ein möglichst einheitliches Votum der Genossen. Dafür brauchte er auch den konservativen Parteiflügel, und der zog mit: Am 19. November 1983 sprach sich die überwältigende Mehrheit der Delegierten des Kölner Sonderparteitages, unter ihnen der Parteivorsitzende, gegen den „Nato-Doppelbeschluss“ aus. Lediglich vierzehn Delegierte stimmten für die Stationierung neuer amerikanischer Systeme, unter ihnen Helmut Schmidt. Ein ähnliches Bild ergab sich im Bundestag, der drei Tage später den

von der neuen Regierung Kohl/Genscher eingebrachten Stationierungsbeschuß faßte.

Man mußte nur in die versteinerten Gesichter Willy Brandts und Helmut Schmidts auf dem Kölner Sonderparteitag sehen, um zu wissen, wie tief der Bruch zwischen den beiden war. Fünfundzwanzig Jahre waren damals vergangen, seit sie auf dem Stuttgarter Parteitag in den Vorstand der SPD gewählt worden waren. Seit jenem Mai 1958 hatte ihr gemeinsamer Weg sie durch alle Höhen und Tiefen einer politischen Partnerschaft geführt. Gefährten und Verbündete waren sie nie gewesen, dann Konkurrenten und zuletzt, namentlich in der Frage des „Nato-Doppelbeschlusses“, erbitterte Gegner.

Annäherung in den letzten Lebensjahren

Sicher, Brandts Opposition gegen diesen Beschluß hatte auch damit zu tun, daß er in militärischen Fragen weder besonders interessiert noch versiert war. Aber sonst? Wer wollte übersehen, daß hinter Brandts ablehnender Haltung in der Raketenfrage auch eine Fortsetzung des Konkurrenzkampfes mit dem Rivalen steckte, der mit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die SPD in Bonn begonnen und nach dem grandiosen Wahlsieg des Novembers 1972 an Schärfe gewonnen hatte?

Es spricht für das Format der beiden, daß sie sich selbst in dieser Situation nicht den gegenseitigen Respekt versagten, sondern in ihrer brieflichen Bilanz vom November 1982 dem anderen ausdrücklich dessen jeweilige Leistung attestierten. So stellte Helmut Schmidt klar, „im Frieden“ mit Willy Brandt leben zu wollen: „... dafür ist mir deine politische Lebensleistung zu wichtig und mein Respekt gegenüber deinen Leistungen im Schöneberger Rathaus, in der Verwirklichung unserer Regierungsfähigkeit in Bonn und im Abschnitt der deutschen Ostpolitik zu groß.“ Und Brandt antwortete ihm, daß abweichende „Deutungen, auch Erinnerungen, die die Entwicklung der Partei (und meinen Beitrag dazu) betreffen, ... in keiner Weise meine Hochachtung vor deiner politischen Leistung“ berühren. Mehr als ein Dank „für das, was du aus deiner Sicht für die Partei bewirkt hast“, war allerdings nicht drin.

Danach gingen beide für einige Jahre auf Distanz. Ihr Verhältnis blieb schon deshalb unterkühlt, weil Schmidt jetzt seinerseits in jene Rolle des elder statesman schlüpfte, die Brandt seit seinem eigenen Rücktritt 1974 zunehmend ausgefüllt hatte. Im übrigen graufierte man sich gegenseitig zum Geburtstag, und im Januar 1984 ließ Schmidt Brandt wissen, daß es ihm „gesundheitlich und seelisch heute besser“ gehe, „als jemals im Laufe der letzten zwölf Jahre ... Ich werde mich in den kommenden Jahren immer stärker bei der ‚Zeit‘ in Hamburg engagieren – und euch immer weniger Schwierigkeiten machen.“ So hielt man es.

Erst in Brandts letzten Lebensjahren kam es wieder zu einer Annäherung. Als Helmut Schmidt hörte, daß der alte Rivale an seinen Memoiren arbeitete, wurde er im Dezember 1988 brieflich bei ihm vorstellig, gratulierte zum Fünfundsechzigsten und stellte fest: „Je größer unser Abstand zu unseren öffentlichen Ämtern wird, um so weniger will es mir vorkommen, daß wir in den letzten fünfzehn Jahren nicht mehr so gut übereingestimmt haben wie zuvor ... in allen Punkten.“ Willy Brandt verstand, nahm die ausgestreckte Hand an und ließ Helmut Schmidt in seinen „Erinnerungen“ glimpflich davonkommen. Allerdings gingen noch drei weitere Jahre ins Land, bis sich die beiden endgültig aussöhnten: Als die Friedrich-Ebert-Stiftung Mitte November 1991, aus Anlaß des hundertsten Geburtstags von Julius Leber, in die Berliner Gethsemanekirche einlud, ergriffen sowohl Schmidt als auch Brandt das Wort. Anschließend zogen sie sich, erstmals seit Jahren, zu einem Gespräch unter vier Augen zurück und machten ihren Frieden.

Der Autor lehrt Neuere Geschichte an der Universität Erlangen.